

Beitrag zum Wiener Kongress

Die wirtschaftliche Notwendigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens aus weltwirtschaftlicher Sicht

In der Diskussion rund um die Einführung eines Grundeinkommens vermissen wir den wirtschaftlichen Nutzen bzw. die wirtschaftliche Notwendigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens aus weltwirtschaftlichen Sicht .

Dies ist sehr bemerkenswert, da die Auswirkungen der heutigen weltökonomischen Ordnung katastrophale Folgen für den Planeten haben und auch für Wohlstand und Gesellschaft nicht konstruktiv sind. Es ist daher dringend erforderlich, aus der Sichtweise des vorherrschenden wirtschaftlichen Modells sich dem Grundeinkommen anzunähern. Der Ausgangspunkt der heutigen wirtschaftlichen Politik ist das neo-keynesianische Modell. Hierin geht man davon aus, dass es Notwendig ist, alle vorhandenen Produktionskräfte einzusetzen, um den Mangel und die Knappheit (nach dem 2. Weltkrieg) zu überwinden. Der zentrale Ausgangspunkt von Keynes ist/war also Vollbeschäftigung bzw. der maximalen Einsatz der produktiven Kräfte.

Keynes Analyse führt zu der Erkenntnis, dass Vollbeschäftigung nicht automatisch durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage entsteht, so wie es die klassischen Ökonomen gedacht hatten, sondern dass sogar ein Angebots- oder Nachfrageüberschuss entstehen kann. Dieser muss dann durch staatliche Interventionen korrigiert werden, um Vollbeschäftigung zu erreichen und um nicht in eine Depression zu geraten. In Keynes Modell ist daher ein ständiges Wirtschaftswachstum Voraussetzung, um bei zunehmender (Arbeits-)Produktivität Vollbeschäftigung zu ermöglichen und mittels des Arbeitseinkommens gleichzeitig den Wohlstand zu vergrößern. Das hat zur Folge, dass auch die Lohnkosten auf ein hohes Level steigen, während das Arbeitseinkommen nicht unter das Niveau des Existenzminimums sinken kann. Für viel Arbeit ist der dadurch entstandene Lohn jedoch ein zu hoher Preis. Die minder bewertete Arbeit verschwindet vom Markt oder fließt in die Niedrig-Lohn-Länder. Durch die fortschreitende Liberalisierung der Weltmärkte ist seit den achtziger Jahren ein Großteil der Produktion aus der westlichen Welt verschwunden. Das wirtschaftliche System gerät aus den Fugen und ist weltweit nicht mehr überschaubar, geschweige denn beherrschbar.

In diesem System kann die notwendige staatliche Intervention des keynesianischen Modells nicht wirken. Die Folgen für die Gesellschaft und die Erde sind verheerend. Die entscheidende Rolle spielt hierbei die ursächliche Verbindung zwischen Arbeit und Einkommen, keine Arbeit = kein Einkommen! Unsere westliche Gesellschaft ist nicht mehr eine Gesellschaft der Knappheit, sondern eine Gesellschaft des Überflusses. Die Produktionskapazitäten sind viel höher als konsumiert werden kann. Vollbeschäftigung kann also die Norm nicht mehr sein. Durch Rationalisierung und Automatisierung verschwindet die menschliche Arbeit. Das Fundament des heutigen Wohlfahrtsstaates ist jedoch Vollbeschäftigung.

Maschinen ersetzen menschliche Arbeit, zahlen aber keine Sozialabgaben. Die sozialen Lasten müssen dann vollständig von der übriggebliebenen Arbeit geleistet werden. Da mit der Globalisierung gleichzeitig immer mehr Arbeit ins Ausland verschwindet, wird die Basis des Wohlfahrtsstaates noch weiter ausgehöhlt. Während wir heute nach Vollbeschäftigung mit ihrem dazugehörigen Produktionsdrang streben, wird die Erde durch die Produktion und den daraus folgenden Abfällen immer stärker belastet. Darüber hinaus führt die immer teurer werdende Arbeit zu einer kulturellen und sozialen Verarmung der Gesellschaft, was zur Folge hat, dass Bildung, Gesundheitsversorgung und Kunst allmählich unbezahlbar werden.

Durch die Einführung eines Grundeinkommens werden diese wirtschaftlichen Bewegungen

unterbrochen und sogar ins Positive gewandelt. Die Kosten der Wohlfahrtsgesellschaft werden dann nicht mehr durch den Aufschlag auf die Löhne bestritten, sondern die Endprodukte werden damit besteuert, denn vor allem die Produktion und der Konsum belastet unseren Planeten.

Die Sozialabgaben drücken auf den Wertschöpfungsprozess, sie gelten als Kosten. Das Grundeinkommen dient so als Voraussetzung für diesen Wertschöpfungsprozess und befreit die Arbeit. Die dann geleistete Arbeit bringt ein ergänzendes Einkommen. Da nun von diesem zusätzlichen Einkommen die Grundbedürfnisse und die sozialen Abgaben nicht mehr finanziert werden müssen, kann dieser Kostenfaktor viel niedriger ausfallen und die menschliche Arbeit wird somit lohnender. So bringt das Grundeinkommen das arbeitsintensive Produkt und die Dienstleistung in eine günstigere Marktposition. Kurzum: Alles was durch Arbeit in Bewegung gerät, wird konkurrenzfähiger. Damit werden auch Bildung, Betreuung und Pflege und natürlich auch die Kunst schneller rentabel und überhaupt erst möglich.

Wie schon erklärt, gehen wir davon aus, dass das Grundeinkommen nicht durch Steuern auf das Einkommen finanziert wird, sondern der Gebrauch von Produkten und deren Grundstoffe werden steuerlich belastet. Nur auf diese Weise wirkt der Produktionskreis nachhaltig und kann sich wieder mit dem natürlichen ökologischen Kreislauf verbinden

Die Einführung eines Grundeinkommens bewirkt, dass die Marktwirtschaft selbst die Ausgewogenheit gewährleistet, denn die heute notwendige Vollbeschäftigung hat ihre wirtschaftliche Gleichgewichtsfunktion verloren. Die Höhe des Grundeinkommens wird jährlich demokratisch festgelegt, wobei ein gesellschaftlicher Minimalbetrag zugrunde gelegt wird. Gibt es in einem Gesellschaftssystem zu viel oder zu wenig Arbeit oder Produkte, kann das Grundeinkommen erhöht oder gekürzt werden und dient so selber als wirtschaftlicher Gleichgewichtsbringer. Die Wirkungen des Systems sind so transparent und das Resultat der Wirkung ist gewährleistet. Derweil der heutige Effekt der Maßnahmen durch den weltwirtschaftlichen Zusammenhang und dem Geld vollkommen unberechenbar geworden ist.

Für die internationale Wirtschaft ist die Einführung eines Grundeinkommens möglicherweise noch wichtiger. Die Wohlstandsdifferenzen, die heute den internationalen Arbeitsmarkt verzerren, werden durch die unterschiedliche Höhe des Grundeinkommens aus dem System von Löhnen und Preisen heraus definiert. Die Kaufkraft wird durch das internationale Grundeinkommen auf eine Linie gebracht und der globale Wettbewerb somit auf gleiche Basis gestellt.

Für die europäischen Lohnkosten hat dies eine Senkung zur Folge (minus sozialer Abgaben und minus Grundeinkommen). Für die chinesischen Löhne (minus deren sozialer Abgaben und Grundeinkommen) hat dies beispielsweise zur Folge, dass sie relativ weniger sinken werden. Daraus wird sich ergeben, dass eine Produktionsverlagerung z.B. nach China nicht mehr rentabel genug ist. Die Tendenz, China als Arbeitsplatz für die Produktion zu nutzen und Europa als Absatzmarkt, wird so weitgehend vermieden.

Eine solche Entwicklung wird erhebliche Folgen für den Weltmarkt haben und dazu führen, dass die Verfrachtung der Produkte rund um den Erdball aus wirtschaftlichen Gründen endlich beendet und der Handel wieder produktgerichtet motiviert wird. Wirtschaft und Ökonomie kommen so wieder ins Gleichgewicht.

Diese auf reine Marktwirkung gestützte Folge des Grundeinkommens wird ein Segen für die Umwelt sein und Nachhaltigkeit in erreichbarer Nähe rücken lassen. Jedes Land, jede Region wird so seine Situation und Entwicklung besser einschätzen können und in erster Linie von seinen eigenen Ressourcen und Möglichkeiten ausgehen.

Es sollte Ziel sein, das Grundeinkommen differenziert nach den Wohlfahrtsregionen einzuführen. Im europäischen Verband könnte diese Einführung schrittweise, z.B. durch Lohnzuschüsse in Kombination mit Rohstoffsteuer geschehen. So würden Handelsanreize, die heute die Neigung haben, Natur und Umwelt aus dem Gleichgewicht zu bringen, zu Kräften, die sowohl dem Planeten als auch der Wohlfahrtsgesellschaft zugute kommen und mit dem natürlichen Gleichgewicht übereinstimmen.

Einerseits wird so der Lebensunterhalt aus der Marktwirtschaft heraus definiert und andererseits bleiben die Vorteile der Marktwirkung erhalten, während gleichzeitig der Wirkungsgrad durch die Steuererhebung in eine gesellschaftlich optimale Richtung beeinflusst werden kann.

Maastricht, 6. April 2011 Wim de Heer, Anka Paggen, Leon Segers